# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Boten und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 154. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 4. Juli 1928


# Das neue Kabinett vor dem Reichstag

## Die Regierungserklärung.

Berlin, 3. Juli.

Sengende Strahlen der Sommersonne, die es endlich so gut mit uns meint, treffen die Straßen Berlins und die Häupter der Eilenden, die sich in der Richtung des Reichstages kurz vor drei Uhr bewegen. Heute darf die hohe Temperatur nicht abschrecken. Gilt es doch, sich baldigst einen Platz in dem Beratungssaal der Reichsboten zu sichern — die nach vielen Mühen und mancherlei Zuckungen geborene neue Reichsregierung will den Reichstagsabgeordneten ihre Antrittserklärung, ihr Programm, mitteilen.

Pünktlich um drei Uhr tritt der Reichstagspräsident Löbe an seinen Platz. Unvermittelt nach ihm erscheint an der so lange von Marx besetzt gewesenen Stelle der jetzige Reichskanzler Hermann Müller. Ihm ordnen sich die im Kabinett verbliebenen bisherigen Minister und die neuernannten in voller Stärke an, nur der charakteristische Kopf Stresemanns fehlt. Er sucht noch Erholung in der schönen Umgebung Baden-Badens. Auch die Bänke der Parteien haben sich mittlerweile fast bis auf den letzten Platz gefüllt, die Tribünen sind bis zum Brechen besetzt, die Diplomatenloge bietet kaum noch einen freien Platz. Manches Haupt schwitzt. Aber erwartungsvoll sieht man den kommenden Dingen entgegen. Bei den einleitenden Worten des Präsidenten, der die Ministerliste und die Ernennungsurkunde des Reichspräsidenten verliest, fühlt sich ein kommunistischer Abgeordneter veranlaßt, den kurzen Kommentar in den Saal zu werfen: „Lauter Namen, aber keine Köpfe", was einige Heiterkeit hervorruft.

Löbe erteilt dem Reichskanzler das Wort und dieser erhebt sich, mit ironischen Zurufen von ganz rechts und ganz links begrüßt. Er beginnt mit der Formel, er habe die Ehre, dem Hohen Hause das neue Reichskabinett vorzustellen. Der Wahlkampf habe bewiesen, daß das Deutsche Reich nach den schweren Nachkriegsjahren in eine Periode ruhiger und steter Entwicklung getreten sei. Die jetzige Regierung wolle auf dem geschaffenen Boden weiterbauen. Wenn sie auch noch nicht auf koalitionsmäßiger Grundlage beruhe, so habe ihre Zusammensetzung doch die Zustimmung der in Betracht kommenden Parteien gefunden. Diese Versicherung des Kanzlers geht natürlich nicht in den Saal, ohne daß bei der Rechts- und Linksopposition lebhafte Zurufe erschallen, die sich sowohl mit der Person des jetzigen Kanzlers wie mit Vorkommnissen aus dem Wahlkampf beschäftigen, von der Seifenpropaganda der Sozialdemokratie sprechen und mancherlei witzige oder witzig sein sollende Anspielungen enthalten. Überhaupt scheint entweder das augenblickliche hochsommerliche Klima oder die Frischbackenheit mancher Volksvertreter anregend zu wirken. Denn fast ohne Unterbrechung begleiten Unterbrechungen und persönliche Anreden die Darlegungen des Kanzlers, der sich einmal dazu veranlaßt sieht, zu den Kommunisten gewandt energisch zu erklären, er sei nicht gekommen, um sich mit den Herren zu unterhalten, sondern um eine sachliche Regierungserklärung vorzutragen.

Dabei berührt er zuerst die auswärtige Politik und führt aus, daß sie im wesentlichen auf dem gleichen Pfade bleiben werde, der bisher schon beschritten sei. Fast ohne Widerspruch begrüßt das Haus seine entschiedenen Worte für die Notwendigkeit der Rheinlandräumung. Es gelte, endlich diese aus der Kriegszeit übriggebliebene Schranke niederzulegen, die der Verständigung der Völker dauernd im Wege stehe. Deutschland sei im Recht mit seiner Forderung der endlichen Befreiung. Nur der Mangel an gutem Willen könne hindernd wirken. Die Regierung werde alles tun, um endlich das unablässig im Auge zu behaltende Ziel der Räumung zu erreichen. Deutschlands Außenpolitik hänge aufs engste mit seiner Betätigung im Völkerbunde zusammen und es sei sein Wille, alle Verpflichtungen regelmäßig und pünktlich zu erfüllen. Dabei müsse es aber die kommende Entwicklung in der Reparationsfrage im Auge behalten. Wenn auch der Zeitpunkt für die Endlösung sich heute noch nicht übersehen lasse, so müsse doch Raum geschaffen werden, für die Überzeugung, daß die baldige Herbeiführung der Lösung nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist.

Die neue Reichsregierung nimmt die Anerkennung der Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz durch die bisherige Regierung auf. Sie wird mitarbeiten, die überall erhöhten Zolltarife durch internationale Vereinbarungen zu senken. Sie wird die Vorschläge einer autonomen Zollsenkung für in Handelsverträgen nicht verwertbare industrielle Positionen des deutschen Zolltarifs den gesetzgebenden deutschen Körperschaften zur Beschlußfassung vorlegen.

Wichtig erscheint die Sicherung eines angemessenen Reallohnes der werktätigen Bevölkerung. Dafür ist die Preisgestaltung auf dem deutschen inneren Markt von Bedeutung. Deshalb muß der Staat Stellung nehmen zu den großen monopolistischen Organisationen, die sich in Kartell-, Trust- und ähnlichen Formen darstellen. Die einschlägigen gesetzlichen Grundlagen bedürfen einer Ergänzung. Die Verhältnisse im Steinkohlenbergbau, im Transportwesen sind zu reformieren, die Notlage des Mittelstandes in Handwerk, Handel und Gewerbe kann nicht geleugnet werden. Diesen mittelständischen Kreisen muß Schutz und Förderung zuteil werden. Eine Handwerkernovelle soll wichtige Organisationsfragen lösen und die mittleren und kleinen Betriebe berücksichtigen. Dem Reichstag geht alsbald ein Berufsausbildungsgesetz zu. Der Notlage der Landwirtschaft widmet die Regierungserklärung unter teilweisem Widerspruch, teilweiser Anerkennung aus dem Hause breite Ausführungen. Der Kanzler versichert, die Regierung sei sich der Wichtigkeit dieses Problems durchaus bewußt und kündet ernsthafte weitere Maßnahmen an. Eine der wichtigsten Angelegenheiten der Nachkriegszeit sei die Fortführung der Sozialpolitik. Der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes wird dem Reichstag zugehen. Ebenso ein Bergarbeitsgesetz. Ferner sollen Schritte geschehen in der Arbeitsvermittlung, in der Arbeitslosenversicherung, in der Fürsorge für ältere Angestellte und Arbeiter.

Die allgemeinen Sparmaßnahmen sollen auch auf diesem Gebiete zweckmäßig beachtet werden. Ein Gesetzentwurf über Ausdehnung der Unfallversicherung ist vorbereitet. Die Wohnungsnot erfordert dringendste Bekämpfung. Die Wohlfahrtspflege ist auszubauen.

Fruchtbare Arbeit auf allen Gebieten, so versichert der Kanzler, ist nur möglich auf dem Fundament eines festen Staatsgefüges, dessen Grundlage die Weimarer Verfassung ist. Bei diesem Satze erhebt sich ein Orkan im Hause. Von rechts und links erschallt Gelächter und Getöse. Der Kanzler ist nicht mehr verständlich und der Reichstagspräsident muß energisch eingreifen, um Ruhe zu schaffen. Die Abgeordneten bedenken sich gegenseitig mit kräftigen Invektiven und Herr Löbe kann nicht umhin, einige Ordnungsrufe auszuteilen. Nachdem die Gemüter wieder etwas zu größerer Sanftheit gelangt sind, spricht Müller-Franken noch über das Vertrauen, das man zur Beamtenschaft haben müsse, über die Schaffung eines neuen Reichsbeamtenrechts, über die Dienststrafordnung, die Reform des Reichsangehörigkeitsrechts und verkündet die Absicht zur Einsetzung des Nationalfeiertages am 11. August. Endlich kommt er auf die Wehrmacht, immer wieder besonders von den Kommunisten lebhaft interpelliert, und sagt, die Wehrmacht solle eine treue und unbedingt zuverlässige Stütze der Republik sein. Dafür werde sie von der Regierung mit allen möglichen Mitteln ausgestattet werden. Die Strafrechtsreform wird kurz gestreift, die Amnestiefrage dahin erledigt, daß die Stellung der Regierung bei der Beratung der vorliegenden Anträge klargelegt werde. Müller-Franken findet noch herzliche Worte für die unlösliche innere Verbundenheit des Deutschen Reiches mit den Brüdern in Österreich, stellt Senkungen des Steuertarifs in den unteren und mittleren Stufen des Volkes in Aussicht, ebenso Regelung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, sagt einiges Unverbindliches über die Schule und kommt dann zum Schluß. Er richtet einen Appell an die Parteien und das Volk, die Regierung bei der Ausführung ihres dargelegten Programms zu unterstützen, nur dadurch werde das große Werk der Aufrichtung Deutschlands gelingen.

Langanhaltendes Bravo aus der Mitte, Zweifelsäußerungen und Gelächter von den äußersten Flügeln. Präsident Löbe schlägt vor, die Diskussion über die Regierungserklärung am Mittwoch, 12 Uhr, beginnen zu lassen. Das Haus ist einverstanden und der interessanteste, wenn auch etwas unruhige Abschnitt der Reichstagsarbeit ist vorbei.

to.

*

### Sitzungsbericht.

(4. Sitzung.) CB. Berlin, 3. Juli.

Zu Beginn der Sitzung stellte Reichskanzler Müller dem Reichstag das neue Kabinett vor und betonte, daß die Fundamente der Republik unerschütterlich stehen und daß die neue Regierung auf dem Wege des sozialen und politischen Fortschritts weiterbauen wird. Der Reichskanzler ging alsdann auf die einzelnen Punkte des Regierungsprogramms ein.

### Die deutsche Außenpolitik

verfolgt ihre Ziele in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche. An dieser Grundlage werden wir festhalten. Von ihr aus werden wir das Ziel weiterverfolgen, Deutschland eine gleichberechtigte Stellung unter den Nationen zu sichern und in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Regierungen auf die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas hinzuwirken. Ernste und wichtige Fragen harren der Lösung und machen es uns zur Pflicht, alle unsere Bemühungen für ihre befriedigende Regelung einzusetzen. Ich nenne zunächst die Frage der

### Befreiung der noch besetzten Gebiete

am Rhein und des Saarlandes. In übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke ist die Reichsregierung von unserem wohlbegründeten Anspruch auf die sofortige Befreiung dieser Gebiete überzeugt. Wir müssen jedoch feststellen, daß die Besatzungsmächte aus der politischen Entwicklung der letzten Jahre die gegebenen Schlußfolgerungen noch immer nicht gezogen haben und daß es aus diesem Grunde bisher nicht gelungen ist, in den wechselvollen Erörterungen über die Räumungsfrage ein praktisches Ergebnis zu erzielen. Nur noch eineinhalb Jahre trennen uns von dem für die Räumung der zweiten Zone vorgesehenen letzten Vertragstermin. Wir wissen alle, daß es eines Appells an die Treue und Geduld der Bevölkerung der besetzten Gebiete selbst dann nicht bedürfen würde, wenn es notwendig wäre, bis zu den letzten Vertragsterminen auszuharren. Käme es aber wirklich dahin, daß die Räumungsfrage einfach dem Zeitablauf überlassen bliebe, so wäre damit eine bedeutsame Gelegenheit versäumt, die Politik der Verständigung in die Tat umzusetzen, obwohl alle Voraussetzungen dafür gegeben waren. Das Räumungsproblem ist einfach und klar. Es bedarf nur des guten Willens, um es zu lösen.

Der Reichskanzler entbot darauf der Bevölkerung an Rhein und Saar die Grüße der Reichsregierung und kam dann auf

### Deutschlands Beteiligung im Völkerbund

zu sprechen, an dem Deutschland loyal mitarbeiten solle. Er stellte dabei fest, daß die Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Ende durchgeführt sei und daß kein Staat so viel für die allgemeine Sicherheit getan habe wie Deutschland. Mit Nachdruck müsse Deutschland die Forderung erheben, daß jetzt endlich mit der Durchführung der allgemeinen Abrüstung Ernst gemacht werde. Aufgabe der nächsten Bundesversammlung müsse es sein, Klarheit über den Weg zu schaffen, den der Völkerbund künftig in dieser Frage gehen will. Weiter stellte der Reichskanzler Deutschlands loyale Mitwirkung an der endgültigen Lösung der Reparationsfrage in Aussicht, betonte aber zugleich, daß die Reparationszahlungen nur aus wirklichen Überschüssen der deutschen Wirtschaft geleistet werden müssen.

Die Erweiterung der handelsvertraglichen Beziehungen Deutschlands insbesondere auch zu den östlich und südöstlich gelegenen Staaten sehe die Reichsregierung als eine wesentliche Aufgabe an. Weiterhin kam der Reichskanzler Müller auf die Preisgestaltung auf dem

### deutschen inneren Markt

zu sprechen. Er berührte hierbei die Kartell-, Trust- und ähnlichen Bildungen im Wirtschaftsleben und forderte, der Regierung die Möglichkeit zu geben, diese Wirtschaftsbildungen zu kontrollieren, ob ihre Tätigkeit dem allgemeinen wirtschaftlichen Fortschritt zu dienen geeignet ist. Entsprechende Vorschläge würden dem Reichstag zugehen. Die Reichsregierung, so betonte der Reichskanzler weiter, werde an der bisherigen Verkehrspolitik festhalten und bestrebt sein, durch organische Weiterentwicklung der verschiedenen Verkehrsmittel die günstigsten Bedingungen zur Hebung des Absatzes zu schaffen. Den mittelständischen Kreisen in Handwerk, Handel und Gewerbe sollen besonderer Schutz und Förderung zuteil werden. Hierbei betonte der Kanzler besonders, daß der Betätigung der öffentlichen Hand angemessene Grenzen gesetzt werden sollen. Weiterhin stellte Reichskanzler Müller die alsbaldige Vorlage und Verabschiedung der Handwerkernovelle in Aussicht sowie eine Gesetzesvorlage, die eine steigende Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte vorsieht.

Der Reichskanzler beschäftigte sich sodann in längeren Ausführungen mit der

### Lage der Landwirtschaft.

Er führte hierbei aus:

Die Notlage weiter Kreise und Gebiete der deutschen Landwirtschaft hält unvermindert an. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist die Voraussetzung ihrer Erhaltung und damit der Erhaltung des deutschen Landvolkes, dessen das Deutsche Reich im Interesse seiner Wirtschaft und eines gesunden Aufbaues des deutschen Volkes so unumgänglich bedarf. Eine dauernde Schwächung des Landes als Abnehmer auf dem inneren Markt würde nicht ohne Rückwirkungen auf Industrie und Gewerbe bleiben. Ebenso würde eine verstärkte Abwanderung vom Lande, welche die notwendige Folge einer lange anhaltenden landwirtschaftlichen Krise wäre, den städtischen Arbeitsmarkt unerträglich belasten. Die Reichsregierung ist sich der Gefahr durchaus bewußt, daß bei Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion unsere Ernährung im verstärkten Maße vom Auslande abhängig wird und die dann nötige vermehrte Nahrungsmitteleinfuhr unsere Handelsbilanz belastet.

Zur Bekämpfung dieser Gefahren und zur Behebung der Notlage der Landwirtschaft sind zunächst alle diejenigen Mittel anzuwenden, die geeignet sind — ohne eine Belastung der Verbraucher herbeizuführen —, zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft beizutragen. Demgemäß sollen die Maßnahmen des Reiches zur Förderung der Bodenverbesserung und zur Hebung der technischen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung fortgeführt werden. Die Anwendung aller modernen Mittel zur Steigerung der Erträge und rationellen Ausnützung der natürlichen Kräfte des deutschen Bodens soll begünstigt werden. Neben die Verbesserung der Produktion muß aber treten die Verbesserung der Markt- und Absatzverhältnisse für die Erzeugnisse des deutschen Acker- und Gartenbaus und der deutschen Viehwirtschaft. Besonders wird Bedacht genommen werden auf eine

### Ausschaltung übermäßiger Schwankungen der Vieh-, Getreide- und Kartoffelpreise,

welche den Produzenten schädigen und dem Verbraucher nichts nützen. Auf der Grundlage des vom letzten Reichstag beschlossenen Hilfswerks sollen die Arbeiten zur Qualitätssteigerung, zur Standardisierung wichtiger Produkte und zur Verbesserung der Absatzorganisationen unter besonderer Berücksichtigung der Edelerzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft fortgeführt werden. Die Reichsregierung vertraut darauf, daß diese Bestrebungen durch die lebendigen Kräfte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft ihre unentbehrliche Ergänzung und Unterstützung finden. Sie wird deswegen unter Bekämpfung der Zersplitterung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens sich die Stärkung dieser Einrichtungen der Selbsthilfe angelegen sein lassen mit dem Ziel, der Landwirtschaft einen sicheren Absatz dadurch zu schaffen, daß die Herstellung einer den Anforderungen des Verbrauchers entsprechenden guten Marktware ermöglicht wird.

Gemeinsam mit den berufenen Stellen wird die Reichsregierung die Bestrebungen unterstützen, das Zentralinstitut der Genossenschaften leistungsfähig zu erhalten und auszubauen, damit es seinen wachsenden Aufgaben nachkommen kann.

Die vordringlichste Sorge bereitet die immer noch steigende

### landwirtschaftliche Verschuldung

zu Zinssätzen, die auch in besseren Zeiten nicht erwirtschaftet werden können. Die Menge kurzfristiger Kredite, die in dieser Verschuldung enthalten sind, gefährdet fortgesetzt die rationelle Führung der Betriebe. Die Umwandlung dieser Kredite in


SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF